

Haushaltsrede Bündnis90/Die Grünen für das Haushaltsjahr 2023

An den Bürgermeister.
An die Mitarbeitenden der Verwaltung
An die Fraktionen der CDU, SPD und UWG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Folgen der Coronapandemie und vor allem der Krieg in der Ukraine haben uns in eine Situation geführt, die es sehr schwer macht, unseren Haushalt auszugleichen.

Dazu kommt: Die Schlüsselzuweisungen fallen geringer aus, die Kreisumlage steigt erneut, die Neuberechnung der Eigenkapitalverzinsung beim Abwasserwerk, höhere Tarife für das Personal, die Zinsen steigen. Die Steuereinnahmen sind durch die Pflichtausgaben weitgehend ausgeschöpft.

Der Haushalt 2023 wird durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage fiktiv ausgeglichen.

In der Ausgleichsrücklage wird der Teil des kommunalen Eigenkapitals ausgewiesen, der aus Haushaltsüberschüssen der Vorjahre erwirtschaftet wurde und um darauf in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zugreifen zu können.

Der Gesetzgeber sieht ausdrücklich vor, auf diese Ausgleichsrücklage zugreifen zu können, um in einzelnen Jahren entstehende Haushaltsdefizite auszugleichen.

Die Ausgleichsrücklage sichert einer Kommune ihre finanzielle Autonomie und ihre Planungs- und Gestaltungshoheit. Solange Defizite gedeckt werden können, gilt der Haushalt weiterhin als fiktiv ausgeglichen. Wie lange allerdings sind bei uns die Defizite noch niedriger als die Ausgleichsrücklage?

Ist die Ausgleichsrücklage aufgezehrt, führen Defizite zu einer Verringerung der allgemeinen Rücklage und es droht das Haushaltssicherungskonzept.

Stellen Sie sich folgende Situation vor:

Sonntagmorgen, Familienfrühstück. Die junge Familie mit dem Neugeborenen ist zu Besuch, der Frühstückstisch ist gut gedeckt. Der Kaffee duftet, die Stimmung ist gut. Da sagt der Sohn zu seinem Vater etwas, das die gute Stimmung trübt: „Vater, ihr habt es verbockt“. Einige Sekunden Stille, dann fragt Vater nach: „Was meinst Du mit: ihr habt es verbockt?“ Der Sohn: „Ja, du weißt es. Der Klimawandel und das Artensterben, alles geht kaputt. Und ihr seid schuld.“ Das Frühstück verläuft nicht mehr harmonisch, es wird ausgiebig diskutiert.

Vaters Argument „Wir wussten es nicht eher“ akzeptiert der Sohn nicht. „Aber Vater, dieses Buch habe ich aus deinem Bücherregal von 1972 – das Buch ist schon über 50 Jahre alt. Hast du es denn nicht gelesen? Ist dir denn das alles egal gewesen? Und: weißt du denn nicht, dass 27000 Wissenschaftler eine Stellungnahme unterschrieben haben, dass die derzeitigen Maßnahmen gegen die Erderwärmung völlig unzureichend sind, dass weltweit vor allem Jugendliche für den Erhalt der Lebensgrundlagen demonstrieren, dass das Bundesverfassungsgericht feststellt, dass die vom Gesetzgeber auferlegten Emissionsreduktionen mit unseren Grundrechten unvereinbar sind und der Gesetzgeber nachbessern muss?“

Es muss gehandelt werden!

„Der Klimaschutz findet vor allem auf kommunaler Ebene statt“, heißt es in einer Pressemitteilung des Bundesumweltamtes: Entscheidende Investitionen in den Klimaschutz finden in den Kommunen statt.

Wenn wir heute über Generationengerechtigkeit sprechen, sind damit **nicht** nur solide Finanzen gemeint.

Wollen wir nicht auf Kosten derer leben, die uns nachfolgen, müssen wir die Konsequenzen unseres politischen Handelns im Auge haben.

Der zentrale Punkt ist hier der Klimaschutz. Investieren wie heute nicht in den Klimaschutz, werden die Folgen katastrophal sein. Jeder Euro, dem wir heute dem Klimaschutz vorenthalten, wird kommenden Generationen teuer zu stehen kommen.

Das Übel: Die Kommunalhaushalte der Gemeinden sind gekennzeichnet durch Defizite, sinkende Investitionen und Vermögensverzehr.

Was tun? Einnahmen erhöhen? Grundsteuer A und B und die Gewerbesteuer erhöhen? Der Kämmerer sagt, wir sollten das nicht grundsätzlich ausschließen. Hätte man dafür in der Bevölkerung Verständnis? Die Bevölkerung ist schon heute deutlich von erhöhten Energiekosten, höheren Lebensmittelpreisen und einer steigenden Inflation betroffen.

Wo geht also die Reise hin?

Eine Erhöhung dieser Steuern führt nicht zur Lösung unserer Haushaltsprobleme. Allerdings darf man nicht vergessen, dass wir bei einer Haushaltssicherung praktisch zu Steuererhöhungen gezwungen werden.

Ausgaben kürzen? Können und sollen wir aus dem Musik- und Volkshochschulverband austreten? Sollen wir das Bürgerhaus verkaufen? Sollen wir Betriebskosten kürzen? Sollen wir die freiwilligen Leistungen streichen?

Das wäre ein erheblicher Eingriff in das Vereinsleben unserer Gemeinde und ein Störfaktor für den sozialen Frieden und wäre ebenfalls kein gewichtiger Punkt zum Haushaltsausgleich.

Investitionen schieben? Investitionen zu verschieben oder einzuschränken bedeutet langfristig in den meisten Fällen insgesamt höhere Kosten wie steigende Materialkosten, höhere Zinsen usw.

Übrigens: Durch Bemühungen der Grünen konnten im letzten Haushalt nachweislich an mehreren Stellen Einsparungen erreicht werden.

Wir können an der ein oder anderen Stelle etwas schrauben, aber für eine veränderte positive Gesamtsituation reicht das nicht.

Unsere Handlungsfähigkeit geht gegen Null. Diese Situation ist allerdings nicht neu, die besteht schon mehrere Jahre.

Zitat Robert Habeck: „Es sind ernste Zeiten. Wir erleben eine schwere Energiekrise, die sich immer mehr zur einer Wirtschafts- und Sozialkrise auswächst“.

Wir ergänzen: ...und dieser Krise können wir auf kommunaler Ebene nur entgegentreten, wenn die Kommunen dauerhaft vom Bund und Land eine bessere Finanzausstattung erhalten.

Sonst können wir unsere Verpflichtungen aus eigener Kraft nicht mehr stemmen und rutschen ins Haushaltssicherungskonzept und können dann wichtige Investitionen vor allem im Klima- und Umweltschutz nicht mehr leisten.

Es soll kein Trost sein, dass dieses Szenario vielen Kommunen in NRW droht.

Positiv anzumerken ist:

Unsere Bemühungen und Anträge für den Umwelt- und Klimaschutz gehen in die richtige Richtung: z.B: PV Anlagen auf gemeindlichen Gebäuden, Klimaschutzmaßnahmen in neuen Baugebieten, klimaneutraler Beton bei der Erweiterung der Feuerwehr usw.

Der Runde Tisch zur Biodiversität sollte jetzt angegangen werden. Weiterer Handlungsbedarf besteht bei der Straßenbeleuchtung. Das Straßenbegleitgrün sollte dieses Jahr wieder gefördert werden.

Hier noch ein Auszug aus unserer vorjährigen Haushaltsrede:

Metelen hat ein Klimaschutzkonzept mit 27 Punkten. Die Verwaltung soll prüfen, welche Punkte bereits umgesetzt wurden und was noch nicht umgesetzt worden ist.

Die Radwegeausweisung (Markierung im Innenbereich) fehlt noch. Eingespart werden kann bei der geplanten Querungshilfe am Nordring. Die darf nicht 25000 € kosten!

Der Vorschlag der Verwaltung, einen Runden Tisch zur Haushaltssanierung einzurichten ist zwar keine Garantie zur Lösung der Probleme.

Wir sollten das allerdings trotzdem machen und wir stimmen dem Runden Tisch zu, wenn von jeder Fraktion 2 Mitglieder teilnehmen.

Was den Umwelt- und Klimaschutz betrifft, sind wir in Metelen auf einem guten Weg. Die Neufassung der Baumschutzsatzung und die Umsetzung des Kriterienkatalogs für den Erwerb von Baugrundstücken wären z. B. wieder wichtige Schritte für den Umwelt- und Klimaschutz.

Wir würden uns freuen, wenn Umwelt- und Klimaschutz bei einzelnen Fraktionen hier im Rat nicht nur Lippenbekenntnisse und Wahlkampfversprechen bleiben, sondern auch tatsächlich und ehrlich unterstützt werden.

Wir stimmen dem Haushalt 2023 zu.

Wir bedanken uns beim Bürgermeister und Kämmerer für die Unterstützung bei den Haushaltsberatungen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andreas Weißling
(Fraktionsvorsitzender)